

Informationen zur Datenverarbeitung Schuleingangsuntersuchung

(Stand: 25. Mai 2018)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit	Öffentlicher Gesundheitsdienst / Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
Telefon:	0331 / 289 - 2393
Fax:	0331 / 289 - 2356
E-Mail:	KJGD@rathaus.potsdam.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Potsdam
Herr J. Schulz
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1115
Fax:	0331 / 289 - 841115
E-Mail:	datenschutzbeauftragter@rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

- Die Datenerhebung erfolgt beim Betroffenen. Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus:
- *Gesundheitsdaten*
 - *Beruf der Eltern*
 - *Schulbildung der Eltern*
 - *Anzahl der Kinder im Haushalt*

und

- Die Datenerhebung erfolgte bei einem Dritten. Es werden die folgenden personenbezogenen Datenarten/Datenkategorien verarbeitet:
- *Familiennamen*
 - *Vorname*
 - *Geburtsdatum*
 - *ggfs. Telefonnummer der Personenberechtigten*
 - *ggfs. Informationen über Rückstellung*

Nur im Falle der Datenerhebung bei einem Dritten:

Die Daten stammen aus der folgenden Quelle: *Schule, Meldebehörde*

Die Quelle ist öffentlich zugänglich: ja nein

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt aufgrund gesetzlicher Vorgaben zur Prüfung der gesundheitlichen Schulfähigkeit.

Die Stammdaten Ihres Kindes bekommen wir von der Schule übermittelt. Im Falle von Unklarheiten ermitteln wir Namens- und Adressdaten direkt über die Meldebehörde.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten Ihres Kindes, insbesondere Gesundheitsdaten. Dazu zählen Anamnesen, Diagnosen, Testergebnisse und Befunde, die wir oder andere Ärzte erheben. Zu diesen Zwecken können uns auch andere Ärzte oder Psychotherapeuten, bei denen Ihr Kind in Behandlung ist, Daten zur Verfügung stellen (z.B. in Arztbriefen). Dazu würde ggfs. eine gesonderte Schweigepflichtentbindung mit Ihnen vereinbart. (Art. 9 Absatz 2 lit. h) DSGVO, §22 Absatz 1 Nr. 1 lit. b) BDSG, §6 BbgGD, §1 Absatz 3 KJGDV, jeweils in der gültigen Fassung).

Die Erhebung von Gesundheitsdaten ist im Falle der Schuleingangsuntersuchung gesetzlich vorgeschrieben (§45 Absatz 1 BbgSchulG).

Die Rechtsgrundlage für die Weiterleitung anonymisierter Gesundheitsdaten an das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit bildet §9 BbgGD in Verbindung mit §3 Absatz 4 KJGDV, jeweils in der gültigen Fassung.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.
 eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt, Art. 22 DS-GVO.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

- innerhalb des Verantwortlichen:
 - IT-Service bei Systemstörungen
- Auftragsverarbeiter
 - externer IT-Service bei Systemstörungen
- Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):
 - Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (anonymisierte Gesundheitsdaten)
- Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

7. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von: 10 Jahren.

Aufgrund rechtlicher Vorgaben (§630f BGB) sind wir dazu verpflichtet, medizinische Daten mindestens für o.g. Frist nach Abschluss der Diagnostik aufzubewahren. Nach anderen Vorschriften können sich längere Aufbewahrungsfristen ergeben, zum Beispiel 30 Jahre bei Röntgenaufzeichnungen laut Paragraf 28 Absatz 3 der Röntgenverordnung.

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht in der Form der zulässigen Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);
- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);
- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft
(Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);

- ☒ Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)
(Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);
- ☒ Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 31 DS-GVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde ist zu richten an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
 Stahnsdorfer Damm 77
 14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 40
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de